

# Gewerkschaft der Polizei

# top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 55/2003

---

## Gespräch mit Staatsminister Huber am 24. Juli 2003

Minister Huber führte aus, dass es für das Jahr 2003 keine Einsparungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld geben werde (dieser Umstand war bereits bekannt).

Die aus dem Personalbereich einzusparenden 175 Mill. € werden durch „Resteinzug“ anderer Mittel (z.B. Bauvorhaben) erbracht. Allerdings werden auch Einsparungen im Personalsektor getätigt, die durch Beschluss der Staatsregierung sofort umgesetzt werden können. Dabei ist an die zeitliche Ausdehnung der Wiederbesetzungssperre gedacht. Diese wird um einige Monate von den derzeit geltenden 9 Monaten verlängert. Auf Nachfrage, wie er den Bereich der Polizeivollzugsbeamten hinsichtlich der Wiederbesetzungssperre sehe, führte Huber aus, dass es dort, wo keine einschlägigen Sperren bestehen, auch künftig keine geben werde.

Die Sparbeschlüsse der Staatsregierung werden am 29. Juli 2003 im Ministerrat gefasst. Dabei wird festgelegt **-und vorher gibt es keine Aussagen dazu -**

- bis zu welchem Umfang die Wiederbesetzungssperre bei Stellenbesetzungen (derzeit 9 Monate) ausgedehnt werden.
- ob das Urlaubsgeld für das Jahr 2004 ganz gestrichen wird .
- in welcher prozentualen Höhe das Weihnachtsgeld gezahlt wird (ggf. differenziert nach Besoldungsgruppen bzw. Pensionsempfänger).

Bayern wird seine Beamten nicht schlechter stellen als der Bund. Trotz der Einsparungen wird darauf geachtet, dass auch 2004 trotz des geringeren Weihnachtsgeldes und ggf. Wegfalls des Urlaubsgeldes kein niedrigeres Jahresbruttoeinkommen als das des Jahres 2002 (!) geben darf. Es zählt das Jahr 2002 und nicht 2003, weil für 2003 ursprünglich Kürzungen vorgesehen waren, die nicht in Kraft treten und es zusätzlich in diesem Jahr Gehaltszuwächse (2,4 %) gibt.